

Vom Staatssozialismus zum Marktradikalismus

Was heißt soziale Demokratie im 21. Jahrhundert?

Vortrag, gehalten am 23.04.2013 im Buchhändlerkeller Berlin

I. Die säkulare Verwechslung

Vor 24 Jahren, im zweihundertsten Jahr der Französischen Revolution, haben die osteuropäischen Völker ein Jahrhundert abgewählt. Das »Gespenst des Kommunismus«, das zu Zeiten von Marx und Engels »in Europa umging«, war innerhalb weniger Monate untergegangen. Die geglaubt hatten, dass ihm die Zukunft gehörte, rieben sich fassungslos die Augen. »Was bleibt vom Sozialismus?« fragen sich seither all diejenigen, für die dieser Begriff nicht nur ein Weltbild konstituiert hat, das jetzt in Scherben lag, sondern auch ein bestimmendes Element ihrer politischen Biographie und Arbeit gewesen ist.

Für die »Sieger« im Systemkampf und ihr multimediales Dienstpersonal war die Antwort klar: Man kann den Sozialismus abschreiben. Zugleich mit den »real existierenden Sozialismen« haben sich auch Idee, Utopie, Ethik, Menschenbild und Programm des Sozialismus für alle Zeiten erledigt. Das war die Botschaft, die aus dem Mauerfall gemacht wurde- eine Botschaft, die einem, kollektiven Denkverbot gleichkam, das auch in weiten Kreisen der ehemaligen Links-Intelligenz wirkmächtig war – und noch immer ist.

Weitere Nachfragen an die Vita des offenkundigen Bankrotteurs waren nicht erwünscht. Sonst könnte sich ja womöglich herausstellen, dass der, den man da so beredt zu Grabe getragen hat, gar nicht der war, der er zu sein vorgab und für den man ihn gehalten hat. Die eigentliche Frage, die die Epochenwende von 1989 aufgeworfen hat, müsste nämlich lauten: Warum mehrere Generationen von Kommunisten und linken Intellektuellen den »Staatssozialismus« der **rückständigen** Regionen — denn nur dort ist er ja zur Macht gelangt und jenes **Modell nachholender Industrialisierung unter der Ägide der Staatspartei** entstanden, das nach 1945 auch den industriell und kulturell fortgeschritteneren

Ländern Osteuropas oktroyiert wurde — gegenüber den hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen als Fortschritt und höhere Zivilisationsstufe begreifen konnten. Wie war es möglich, dass ein System, dessen vorherrschende Charakteristika Kommandowirtschaft, Einparteienherrschaft bzw. die Diktatur des Politbüros, Allmacht der Sicherheitsapparate und Zensur waren, überhaupt so lange mit »Sozialismus« bzw. „Kommunismus“ verwechselt werden konnte?

Da die Gründe für die Fehlentwicklung der russischen Revolution und für das letztliche Scheitern jenes Systems, das sich „Realsozialismus“ nannte, schon in seinen Anfängen zu verorten sind, wollen wir zunächst einen Blick auf die Anfänge werfen.

Der erste Weltkrieg und die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung

Die osteuropäischen Kettenrevolutionen und die Selbstimplosion der Sowjetunion markierten das Ende einer Epoche, die 1917 in Rußland ihren Anfang nahm. Darum spricht der britische Historiker Eric Hobsbawm vom „kurzen 20. Jahrhundert“, das er von 1914- 1991 datiert. Der Zweite Weltkrieg war die Folge des ersten, und insofern der Erste Weltkrieg das eigentlich einschneidende Ereignis, gewissermaßen die Ur-Katastrophe, der Urknall des 20. Jahrhunderts. Und zu seinen Folgen gehörte die russische Oktoberrevolution von 1917.

Mit dem 1. Weltkrieg ging das alte Europa unter. Der 1. Weltkrieg war aber nicht nur eine Katastrophe für Europa und die Menschheit, sondern auch eine Katastrophe für die internationale Arbeiterbewegung. In allen europäischen Ländern kam es während des Krieges zu ihrer Spaltung in einen reformistischen, sozialchauvinistischen Flügel einerseits, der sich zum „Burgfrieden“ mit den imperialen Oberklassen bereitfand und sich auf den Standpunkt der „Landesverteidigung“ stellte, und in einen kleinen radikalen Flügel andererseits,

der statt des „Burgfriedens“ den sofortigen Friedensschluss bzw. die revolutionäre Beendigung des Völkermordens forderte.

Letzteren Standpunkt vertrat mit aller Schärfe auch W. I. Lenin: In einem imperialistischen Krieg müsse die Sozialdemokratie die Niederlage der eigenen Regierung herbeiführen und den auswärtigen Krieg in die revolutionäre Volkserhebung umwandeln, wofür im zaristischen Russland die Bedingungen besonders günstig waren. Lenins kompromisslose Haltung zum imperialistischen Krieg, seine berühmten „April-Thesen“, in denen er „Frieden, Brot, Land und Freiheit“ forderte (von „Sozialismus“ und „Diktatur des Proletariats“ war noch gar nicht die Rede), sicherte den Bolchewiki im Sommer 1917 das Vertrauen und die Unterstützung der Massen. Doch Lenins unversöhnliche Frontstellung gegen die kompromittierten „Burgfriedens“-Parteien, zu denen er auch die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre Bauernpartei Kerenskis rechnete, zerriss die russische Demokratie in zwei todfeindliche Lager, zwischen denen vor und nach dem Oktober eine Versöhnung nicht mehr möglich war (was an der Intoleranz nicht nur der Bolchewiki, sondern auch der anderen Parteien der Duma lag)

Lenins politischer Sündenfall

Der eigentlich politische Sündenfall Lenins war in meinen Augen nicht (wie viele Historiker neuerdings behaupten) der Oktoberumsturz, mit dem Russland aus dem Gemetzel des Weltkrieges ausschied. Auch wenn dieser –zugegeben!- putschistische Züge hatte, hätte es sich dabei nur um den „Putsch“ einer kleinen Clique von Berufsrevolutionären gegen den Willen des Volkes gehandelt, bliebe die Begeisterung vollkommen unverstänlich, die der Oktoberumsturz in ganz Russland – und in großen Teilen der Welt - auslöste. Vor allem hätte die junge Sowjetregierung ohne die Unterstützung der Volksmassen den nachfolgenden Bürgerkrieg gegen die Weißen und gegen die Invasionsheere aus vierzehn Ländern niemals gewinnen können.

Nein, der eigentliche politische Sündenfall Lenins lag in meinen Augen darin, dass er die Verfassung gebende Versammlung, das eben erst konstituierte russische Parlament im Januar 1918 auflöste und auseinanderjagte. Damit war, wie Rosa Luxemburg, die die Oktoberrevolution begeistert begrüßt hatte, hellsichtig voraussah, eine Entwicklung eingeleitet, die „zum Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande“ und schließlich nicht zu einer Diktatur des Proletariats, sondern „einer Handvoll Politiker“ führen werde. Mit der Auflösung des russischen Parlaments war die Verbindung zum republikanischen Erbe, zu den freiheitlich-demokratischen Errungenschaften der bürgerlichen Epoche, die auch ein integraler Bestandteil der westeuropäischen Arbeiterbewegung waren, gekappt. Das republikanische Erbe sollte denn auch für die nächsten siebenzig Jahre nicht mehr heimgeholt werden. Auch konnte der notwendige Diskurs über die Transformationsperiode und den Umbau der russischen Gesellschaft nach dem Sturz des Zarismus nicht mehr auf breiter und kontroverser Basis geführt werden, er wurde auf die Lösungsvorschläge der bolschewistischen Regierungspartei eingeeengt. Das war die erste Fatalität. Die zweite Fatalität lag darin, dass die größte politische Errungenschaft der Revolution, die überall im Lande sich spontan bildenden Arbeiter-Bauern- und Soldatensowjets, die eine neue Form von direkter, von Basisdemokratie darstellten und die, nach dem ursprünglichen Willen Lenins und Trotzki, an die Stelle der parlamentarischen Demokratie treten sollten- dass just die Sowjetdemokratie, die der Sowjetunion ihren Namen gegeben hatte, unter dem Druck des Bürgerkrieges, der weißen Interventionsarmeen und des wirtschaftlichen Zusammenbruches sukzessive demontiert und zerstört wurde. Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung war die Niederschlagung des Aufstandes der Kronstädter Matrosen, die zu den Sturm- und Elitetruppen des Oktoberumsturzes gehört hatten, nun aber von Lenin und Trotzki als Konterrevolutionäre gebrandmarkt wurden; dabei bestand das „Verbrechen“ der Kronstädter Matrosen einzig darin, dass sie die basisdemokratischen Prinzipien

der Sowjetdemokratie gegen die sich Herausschälende bolschewistische Parteidiktatur zu verteidigten suchten. Das „Fraktionsverbot“, das Lenin 1921 auf dem 10. Parteikongress der KPR vor dem Hintergrund des Kronstädter Aufstandes durchsetzte, hat das innere Leben der Partei allmählich zerstört. Die dritte Fatalität lag darin, dass mit der Niederschlagung der Deutschen Novemberrevolution auch die entscheidende, von Lenin und Trotzki selbst formulierte Prämisse für den Aufbau einer sozialistischen Republik in Russland geplatzt war: nämlich die Unterstützung durch eine siegreiche Arbeiterrevolution in Deutschland. „Sozialismus in einem Land“, noch dazu in einem so rückständigen Land wie Russland, ohne Hilfe von außen, das war in ihren Augen ein Ding der Unmöglichkeit. Erst Stalin sollte aus der spezifischen Not der russischen Revolution, nämlich ihrer internationalen Isolierung und Abschottung gegen den Weltmarkt, eine erhabene Tugend machen, indem er den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ als glorreiche, quasi-religiöse Verheißung ex Kathedra dekretierte. Was dabei herauskam, war und konnte natürlich kein „Sozialismus“ sein, geschweige denn ein Sozialismus im Sinne von Marx und Engels, sondern eine ökonomische Entwicklungs- und Industrialisierungsdespotie, die mit einem ungeheuren Terror einherging und zur „Restauration halbasiatischer Knechtschaftsverhältnisse unter dem staatssozialistischen Schleier“ führte, wie Rudi Dutschke es formulierte. Bucharin hat nicht zufällig Stalin den Spitznamen gegeben: „Dschingiskahn mit Telefon.“ Auch wenn der neue Dschingiskahn sich selbst als den legitimen „Erben Lenins“ ansah und sich als großen „Marxisten-Leninisten“ feiern ließ- er war (wie Trotzki ihn zutreffend charakterisierte) der „Thermidor“, der Killer der russischen Revolution. Stalin hat nicht nur die gesamte Alte Garde der Bolschewiki liquidiert, er, der zuletzt anerkannte „Führer des Weltkommunismus“, war überhaupt der größte Kommunistenschlächter des Jahrhunderts.

Die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“- eine epochale Mystifikation

Doch kommen wir noch einmal zurück auf das grundlegende, gleichsam **apriorische Dilemma der russischen Revolution zurück!**- Der Marxschen Theorie zufolge kann die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft überhaupt nur auf der Grundlage entstehen, die die bürgerliche Gesellschaft und der hochentwickelte Kapitalismus selbst geschaffen haben; und eine ihnen überlegene Produktionsweise und Kultur könnte der Sozialismus nur dann erreichen, wenn er den Kapitalismus, seine antagonistischen Widersprüche, aber auch seine zivilisatorischen Errungenschaften und sein progressives republikanisches Erbe im Hegelschen Sinne »aufgehoben« hat. Bekanntlich meint Hegels dialektischer Begriff der Aufhebung dreierlei: „zerstören“, „aufbewahren“ und „auf eine höhere Stufe heben“.

Entgegen der Marxschen Theorie jedoch siegte die erste, von Arbeitern und Bauern getragene Revolution der Weltgeschichte – und darin lag bei all ihrer Bedeutung eben auch eine geschichtliche Fatalität! —just in einem Land, das die für Westeuropa typische Stufenfolge Feudalismus / Kapitalismus nie durchlaufen hatte. Wie Marx selbst in seinen späten Russland-Analysen erkannt hatte, gab es im Gegensatz zu Europa im zaristischen Russland von innen her keinerlei Impulse für eine modern-kapitalistische Entwicklung. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, das es –anders als im europäischen Feudalismus- keine weitestgehend sich selbst bestimmenden gesellschaftlichen Kräfte wie einen grundbesitzenden Adel, ein städtisches Bürgertum und mit privatem Boden herrschende Bauern gab. Genau dieser objektive Tatbestand veranlasste Engels, Russland als „seinem Wesen und seiner Lebensart, seinen Traditionen und Einrichtungen nach...’halbasiatisch’ zu benennen.“ Marx sprach denn auch von der besonderen „halbasiatischen Formationsgeschichte“ Russlands- im Gegensatz zur Entwicklung Europas.

Zwar hatte das zaristische Russland, mit Hilfe des westlichen Auslandes begonnen, eine bescheidene Industrialisierung einzuleiten. Indes beschränkte

sich die Kapitalisierung des Landes auf einen winzigen industriellen Überbau. Davon völlig unberührt war der riesige Unterbau der ältesten russischen, eben halb-asiatischen Ökonomik geblieben: das bäuerliche Russland mit seinen alten, voneinander isolierten Dorfgemeinschaften, seinen Gemeineigentumsformen (der „Obszina), seinem Analphabetentum, seinem Oblomowtum, seinen abergläubischen Traditionen und seiner Fortschrittsfeindlichkeit. Noch im Revolutionsjahr 1917 standen zwei bis drei Millionen russische Industriearbeiter mehr als 100 Millionen Bauern und Kleinbürgern und einem riesigen trägen Beamtenapparat gegenüber, der alten zaristischen Bürokratie, die seit alters her gewohnt war, nur auf das Kommando des autokratischen Herrschers zu hören und jede Initiative von unten zu unterdrücken.

Da es im zaristischen Rußland den Kapitalismus als eigenständige und entwickelte Produktionsweise nie gegeben hatte, hat die russische Gesellschaft um wieder mit Marx zu sprechen- auch die »positive Seite des Privateigentums«, die Entwicklung von Subjektivität, Individualität, Eigeninitiative und Freiheit sowie die bürgerliche Kultur der Arbeit nie erfahren. Eben darum konnte auch die nachträgliche Qualifizierung des Oktoberaufstandes als „Große Sozialistische Oktoberrevolution«, die den Tigersprung vom Kapitalismus in den Sozialismus geschafft habe, nur eine epochale Mystifikation sein. Aufgrund seiner ökonomischen wie kulturellen Rückständigkeit war Rußland alles andere als prädestiniert, den fortgeschrittenen Kapitalismus des Westens »einzuholen und zu überholen«, wie dies nach dem Oktober 1917 die Bolschewiki proklamierten. Dies dennoch und mit allen Mitteln erreichen zu wollen, darin lag ihr eigentümlicher Voluntarismus, ihre heroische Selbsttäuschung. Waren sie doch zunächst einmal dazu verdammt, den ökonomischen Inhalt der frühbürgerlichen Epoche, nämlich eine „ursprüngliche Akkumulation“ und Industrialisierung nachzuholen. Beides aber auf einmal vollbringen zu wollen: nämlich die historische Mission des Bürgertums unter der Ägide der Staatspartei nachzuholen *und* zugleich den

Sozialismus aufzubauen, dies konnte nicht gelingen, es wäre vielmehr die Quadratur des Kreises gewesen.

Im Nachhinein fällt es schwer zu verstehen, dass mehrere Generationen von Kommunisten und linken Intellektuellen, ja, selbst hochgebildete Philosophen und Literaten wie Ernst Bloch und Berthold Brecht daran glauben konnten, die Sowjetunion, die sich noch Ende der 20er Jahre auf dem Stand einer vorbürgerlichen Arbeits- und Industriekultur befand, könnte eine dem westlichen Kapitalismus überlegene „sozialistische Gesellschaft“ aufbauen, den Kapitalismus nicht nur „einholen“, sondern ihn gar noch „überholen. Mir scheint, für diese epochale Mystifikation waren vor allem folgende Faktoren und Umstände bestimmend:

Erstens zog die KPDSU, legitimiert durch ihren Erfolg, die erste Arbeiter- und Bauernrevolution der Weltgeschichte« vollbracht zu haben, nach 1917 die ganze kommunistische Weltbewegung in ihren Bann und beanspruchte auch die ideologische und politische Führung über alle kommunistischen Parteien, die der III. Internationale beigetreten waren. Dabei wurde die Vormundschaft der KPDSU über die Komintern-Zentrale, die strikt zentralistisch aufgebaut war, fest institutionalisiert. Damit hatten die Komintern-Päpste, die natürlich mit Marx- und Engelszungen redeten, das Deutungsmonopol inne- nicht nur bezüglich des Charakters der Sowjetunion, sondern auch bezüglich der Auslegung der Marx'schen Lehren und Theorien überhaupt. Häretiker in den Reihen der III. Internationale aber wurden nicht geduldet.

Zweitens konnte die westeuropäischen Kommunisten und Sozialisten die sich unter Stalin herausbildende Ökonomische Entwicklungsdespotie auf der Grundlage des Staatseigentums, deshalb für eine „sozialistische Produktionsweise« halten, weil sie (in ihrer Mehrheit) in der verstaatlichten Ökonomie selber den Kern der Sozialismusfrage erblickten. Schon in der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts und der II. Internationale war ja die Vorstellung weit verbreitet, Sozialismus sei identisch mit

Staatsmonopolwirtschaft. Doch diese etatistische Denktradition, die wir auch bei Lenin, Trotzki und Stalin wieder finden, entstammt nachweislich der lassalleanischen Strömung in der Deutschen Sozialdemokratie, die Marx und Engels stets auf das schärfste kritisiert und bekämpft haben. Nicht den Staat sah Marx als Modell sozialistischer Vergesellschaftung an, sondern die sich selbstverwaltende »freie Assoziation der Produzenten« im Sinne der Pariser Kommune, die den Staat für kurze Zeit überflüssig machte. In der Frage des Etatismus und des Staates standen sich denn auch die Anhänger von Marx und die Anhänger von Lasalle unvereinbar gegenüber. Diese Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft, wettete Friedrich Engels am 12. März 1881 in einem Brief an Eduard Bernstein, »sollen wir kritisieren, nicht aber glauben. « Im gleichen Brief sagt er uns auch, worauf ein solcher Staatssozialismus hinausläuft: »Möglichst viele Proletarier in vom Staat abhängige Beamte und Pensionäre zu verwandeln, neben dem disziplinierten Kriegs- und Beamtenheer auch ein dito Arbeitsheer zu organisieren. Wahlzwang durch staatliche Vorgesetzte statt durch Fabrikaufseher — schöner Sozialismus! Dahin aber kommt man, wenn man dem Bourgeois glaubt, was er selbst nicht glaubt, sondern nur vorgibt: Staat sei Sozialismus!«

Drittens war, neben den Arbeitsarmeen von Millionen Strafgefangener, die utopische Kraft der Verheißung, „den Sozialismus“, d.h. eine dem westlichen Kapitalismus überlegene Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen, wesentliche Bedingung für die unerhörten, ja, übermenschlichen Anstrengungen der sowjetischen Werktätigen bei der Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Fünf-Jahres-Pläne , für die zweistelligen Wachstumsraten und imposanten Aufbauleistungen der Sowjetunion (inklusive einer enormen Anhebung des allgemeinen Bildungsstandards) in den dreißiger und vierziger Jahren- und dies zu einer Zeit, da die ganze westliche Welt unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise und der Großen Depression zu leiden hatte. Vor allem die beschleunigte Industrialisierung des Landes, die es den Sowjetvölkern

ermöglichte, wenn auch unter ungeheuren Opfern, Hitlers Invasionsarmeen zuletzt vernichtend zu schlagen, und der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ trugen Stalin die Bewunderung nicht nur des internationalen Kommunismus, sondern auch die vieler westlicher Politiker und Intellektuellen ein.

Viertens sahen sich die europäischen Kommunisten und Sozialisten angesichts der Dauerbedrohung der Sowjetunion durch den Imperialismus, zumal durch den deutschen Faschismus, zu einer Solidarität gegenüber dem »ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt« verpflichtet, die den kritischen Blick von Anfang an trübte. Nach dem deutschen Überfall von 1941 aber war Kritik an einem Staat, der unter ungeheuren Opfern um sein Überleben kämpfte, noch schwieriger als vorher geworden, zumal die Existenz der Sowjetunion zu einer Zeit, da das Dritte Reich ganz Europa unter dem Stiefel hatte, zu einer Art Bestandsgarantie für die europäische Arbeiterbewegung geworden war.

Fünftens war die Art und Weise, wie sich der Konterrevolutionär Stalin als „revolutionärer Bolschewik“ und »Kommunist« vor sich selbst, vor der Partei wie vor der kommunistischen Weltbewegung zu legitimieren verstand, wohl einzigartig in der neueren Geschichte. Darin liegt für mich das eigentliche „Phänomen Stalin“, für das es keinen historischen Präzedenzfall, keinen Vergleich gibt; eben dies unterscheidet ihn auch fundamental von jenem anderen Jahrhundert-Verbrecher, von Adolf Hitler. Während Hitler Krieg gegen andere Völker führte, führte Stalin Krieg vornehmlich gegen das eigene Volk und die eigene Partei. Und die vielen Millionen Opfer schienen legitimiert durch das hehre Ziel, die Russische Revolution zu vollenden und das „Gelobte Land“ des Kommunismus zu erreichen.

Das Versagen in der Systemkonkurrenz

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die Spätphase der Sowjetunion, wo ihr Versagen in der Systemkonkurrenz immer deutlicher wurde!

Die wirtschaftliche Agonie und die Stagnation, die immer weitere gesellschaftliche Bereiche erfasste und schließlich, in den späten siebziger Jahren, zur Existenzkrise des ganzen Ostblocks geführt hat, war – darüber sind sich die Historiker heute einig- primär eine Langzeitfolge jener Politisch-Ökonomischen Despotie und ihres „befehlsadministrativen Leitungs- und Führungssystems«, das in der Stalin-Ära entstanden war und den »Bremsmechanismus« verursachte.

Wie sehr die zentralistische Kommandowirtschaft zur Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte werden mußten, zeigten u. a. folgende Anomalien, die mit gewissen Einschränkungen in allen Staaten des Warschauer Pakts aufgetreten sind, so groß die nationalen Unterschiede sonst auch sein mochten:

1. Die immer größere Schere zwischen Investitions- und Konsumgüterproduktion
2. die prinzipiell unlösbare Aufgabe der Planbürokratie, sämtliche Daten und Tendenzen der immer komplexer werdenden Gesamtökonomie zu erfassen
3. der zunehmende » Betriebsegoismus « und die planmäßig organisierte Anarchie in Produktion und Verteilung, die zur „Schattenwirtschaft“ führte.
4. die weitgehende Zerstörung der Arbeitsmotivation und Arbeitsdisziplin, was sich in der konstant niedrigen Arbeitsproduktivität und der schlechten Qualität der Produkte zeigte.
5. die schier unüberwindlichen Barrieren beim Übergang vom extensiven zu intensivem Wirtschaftswachstum, d. h. vom reinen Mengenwachstum zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum, das auf Produktivitätsfortschritten basiert. In der Phase industrieller Großinvestitionen konnte der Kommunismus sichtbare wirtschaftliche Zuwächse erreichen. Als es um Computer, Fax und kleinteilige Serien in der Produktion ging, zeigten alle Daten auf Rückgang.

6. die verheerenden Umweltschäden, die eine Folge des extensiven Wachstums und der gigantischen Vergeudung von Rohstoffen und Energieträgern war und ist.

Man muss aber hinzufügen: Nicht nur die systembedingte Stagnation in den Ländern des ehemaligen Ostblocks, sondern auch die ständige Überforderung ihrer Volkswirtschaften durch den technologischen und Rüstungswettlauf haben die Legitimationskrise verschärft und den Zusammenbruch beschleunigt. Bis zu einem gewissen Grad wurde die Sowjetunion von den USA tatsächlich „totgerüstet“.

Dieser Zusammenbruch ist denn auch – welch Ironie der Geschichte!- nach strikt marxistischen Kriterien vor sich gegangen. Die Produktionsverhältnisse des sowjetischen Kommunismus (Zentralverwaltungswirtschaft und Monopolismus, Einparteienherrschaft, Zensur, Beschneidung der individuellen Rechte und Freiheiten, Lähmung jeglicher Initiative von unten etc.) waren seit langem zur Fessel für die weitere Entwicklung der materiellen und menschlichen Produktivkräfte geworden. Sie mussten daher früher oder später gesprengt werden — und sie wurden gesprengt, nachdem Gorbatschow die Breschnew Doktrin außer Kraft gesetzt, d. h. das Selbstbestimmungsrecht auch der »sozialistischen Bruderländer« anerkannt hatte.

Fazit I:

Die sozialistische Utopie, als deren Eckpfeiler seit gut 150 Jahren soziale Demokratie, unentfremdetes System gesellschaftlicher Arbeit und die Menschenrechte gelten, hat ganz andere geschichtliche Quellen als die, welche Russland zu Beginn dieses Jahrhunderts den Realitätsvorteil einer gelungenen Revolution verschaffte. Dass dieser Realitätsvorteil zum Anlass genommen wurde, die Marxsche Theorie in sowjetischer Fassung nachträglich dem europäischen Sozialismus als Vorbild aufzuprägen, gehört zu den großen

(theoretisch wie praktisch) gleichermaßen folgenreichen Tragödien des 20. Jahrhunderts.

Während die russische Oktoberrevolution unmittelbar nach ihrem Stattfinden eine große Resonanz in vielen Ländern Europas und in den kolonial unterdrückten Völkern fand, verblasste dieser Glanz, je länger der „reale Sozialismus“ existierte, nicht nur wegen der Lager und der Verbrechen, sondern auch wegen des glanzlosen Alltags, der leeren Geschäfte und der am Ende auch leeren Ideologie.

Der Kommunismus war gleichwohl ein Versuch, die soziale Frage zu lösen, die der Industriekapitalismus erzeugt hatte, und den Anschluss an den fortgeschrittenen Westen zu finden. Ein Modell nachholender Industrialisierung und Modernisierung von äußerst rückständigen Bedingungen aus, das für eine gewisse Periode durchaus erfolgreich war und eben darum nach dem 2.

Weltkrieg auch von vielen Ländern Asiens und Afrikas, die sich vom Kolonialismus befreit hatten, kopiert wurde. Alles, was sich bisher „Sozialismus“, „Realsozialismus“ oder „Kommunismus“ nannte, sollte daher unter der Rubrik subsumiert werden: **Ausbruchsversuche aus rückständigen Verhältnissen bzw. Versuche der Überwindung der kolonialen Erbschaft.**

Von dieser Regel auszunehmen sind allerdings die Länder östlich der Elbe, die schon vor 1945 eine m. E. demokratische und entwickeltere Industriekultur gekannt hatten. Für die DDR, die osteuropäischen und baltischen Länder bedeutete das sowjetische Modell, das ihnen im Gefolge des 2. Weltkrieges oktroyiert wurde, einen historischen Rückschritt- was nicht heißt, dass der „Realsozialismus“ nicht auch in diesen Ländern etliche Errungenschaften, vor allem auf sozialem und kulturellem Gebiet, hervorgebracht hat. Dass von der alten DDR im vereinigten Deutschland kaum mehr als der „grüne Pfeil“ übrig geblieben ist, hat jene gewiss nicht verdient. Vieles, was dem DDR-Bürger als selbstverständlich galt, muss er heute im vereinigten Deutschland schmerzlich vermissen: Das breit gespannte soziale Netz, die Arbeitsplatzsicherheit, die

billigen Mieten, die niedrigen Tarife für Verkehrsmittel, die gute Gesundheitsversorgung, die polytechnische Ausbildung, der für alle mögliche Zugang zu Bildung und Kultur, d.h. jenes Prinzip d' égalité, der Gleichheit, das im DDR-System wie in allen Volksrepubliken sowjetischen Typs allerdings auf Kosten der Freiheit verwirklicht wurde.

Mit dem Verlöschen des „Kommunismus“ aber ist die soziale Frage, die Marx und Engels seinerzeit am schärfsten gestellt haben, nicht gelöst, sie hat sich vielmehr verallgemeinert, gerade auch in den Transformationsländern des Ostens, die jetzt durchkapitalisiert werden. Sie hat sich im Weltmaßstab zugespitzt und zugleich mit der ökologischen Frage verquickt. Nach dem Konkurs und Untergang seines Rivalen ,des Sowjetsystems , hat der Turbo-Kapitalismus alle national- und sozialstaatlichen Fesseln abgeworfen und ein Jobkiller- Programm von noch nie dagewesenen Dimensionen aufgelegt. Er arbeitet rabbiat an seiner eigenen Selbstzerstörung, sozial und ökologisch. Ökologisch, indem er die „Naturbedingungen der Produktion“ zerstört und die Biosphäre vergiftet. Sozial, indem er die menschliche Arbeit ohne Aussicht auf Ersatz wegrationalisiert. Nicht mehr die Schaffung, sondern die Abschaffung von Arbeit wird heute von den Finanzmärkten belohnt. Dank der allumfassenden Deregulierung und Privatisierung wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer, entstehen neue Millionenheere von paupers und damit neue Widersprüche, Krisen und Kriege.

Und trotzdem herrscht seit nunmehr zwei Jahrzehnten in Politik und Wirtschaft, im Wissenschafts- und Medienbetrieb, und selbst in weiten Kreisen der ehemaligen Linksintelligenz, das sog. TINA-Syndrom „There is no Alternative!“, das eine kollektive Denkblockade verhängte und sich wie ein lähmendes Gift über das öffentliche Leben und den öffentlichen Diskurs gelegt hat.

II. Was heißt soziale Demokratie im 21. Jahrhundert?

Der große Crash

Wir befinden uns heute am Scheideweg einer multiplen Krise, in deren Zentrum gerade ein großer Tsunami, ein Crash von globalen Ausmaßen stattgefunden hat. Und eigentlich müssten sie jetzt alle in Sack und Asche gehen und öffentlich Abbitte leisten -jene Heerscharen von Politikern, Bankern, Managern, Börsianern, Unternehmern, Wirtschaftsjournalisten und Medienleuten, die jahrzehntelang der alleinseligmachenden Religion des Neoliberalismus gehuldigt und mit dem dreifachen Schlachtruf „Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung!“ jene globale Finanzblasen-Ökonomie mit befördert und sanktioniert haben, die 2008 geplatzt ist und zu einer Weltwirtschafts- und Staatsschuldenkrise von epochalen Ausmaßen geführt hat, an der auch die Europäische Union zu zerbrechen droht.

Wir erinnern uns: Die Statthalter und Repräsentanten des gescheiterten Staatsozialismus in den neuen Bundesländern wurden seinerzeit rigoros „abgewickelt“, aber die Hohepriester und Statthalter des gleichfalls gescheiterten Neoliberalismus, die Ackermanns, Westerwelles und Co, denken gar nicht daran, öffentliche Selbstkritik zu üben, geschweige denn ihre Posten zu räumen, was nach einem solchem Systemzusammenbruch eigentlich geboten wäre. Im Gegenteil: Die marktradikalen Zauberlehrlinge, die im Grunde nur die spiegelverkehrten Zwillingbrüder der gescheiterten Staatsozialisten sind, blieben weiter in Amt und Würden. Ja, sie durften sich gar noch als Regierungsberater und Krisenmanager in Szene setzen. Ein groteskes Schauspiel: Sie, die stets die „unsichtbare Hand des Marktes“ gepriesen und jegliche staatliche Intervention und Regulation als „sozialistisches“ Teufelszeug verschrien hatten, riefen in der Krise unisono nach der rettenden Hand von Vater Staat, als seien sie über Nacht plötzlich von Hayek zu Keynes übergelaufen.

Natürlich befürchteten die politische Klasse und die Herren der Deutschland-AG, dass dieser größte Crash in der Geschichte der Weltfinanz und ein

Krisenmanagement, das nur zu Lasten der Allgemeinheit und der künftigen Generationen geht, die Frage nach der Legitimität des ganzen Systems aufwirft. Otto Normalbürger jedenfalls will es schwerlich in den Kopf, warum ein Kaufhausdieb, der Waren für 50 Euro mitgehen lässt, in den Knast wandert, während für die Herren in Nadelstreifen, die Milliarden verzockt haben, goldene Fallschirme aufgespannt werden.

Völlig unfassbar aber muss es für einen Bewohner der südlichen Hemisphäre sein, wenn er hört und liest, dass das allein von den EU-Staaten geschnürte Rettungspaket für die Banken sich auf die unfassbare Summe von 2 Billionen Euro und die Gesamt- Bail-out-Summe für die Bankenrettung der USA sich auf die unfassbare Summe von 17 Billionen Dollar beläuft - eine Zahl mit 12 Nullen. Dabei bräuchte es - laut UN-Berechnungen- nur einen Bruchteil dieser Summe, nämlich 82 Milliarden Dollar für einen Zeitraum von fünf Jahren, um die großen Millenniumsziele der UN zu erreichen, also die acht schlimmsten Plagen der Menschheit vom Hunger bis zum Analphabetentum zu besiegen und die ganze Dritte Welt aus der materiellen Not herauszuführen.

Ein Vampir-System

Inzwischen ist aus der Bankenkrise eine allumfassende fiskalische Krise, eine Krise der Staatsfinanzen geworden, von der wiederum die zuvor geretteten Banken und ihre betuchte Klientel profitieren: Die EZB leiht den Banken ungeheuer viel Geld zu Niedrig-Zinsen, die sogar unter der Inflationsrate liegen; die Banken kaufen dafür Staatsanleihen, für die sie drei- bis viermal höhere Zinsen kassieren, für deren Begleichung die Staaten wiederum ihre Ausgaben, vor allem ihre Sozialausgaben kürzen, Steuern erhöhen und neue Schulden aufnehmen müssen- ein perverser Kreislauf, in dem die Banken und die Besitzer großer Geldvermögen die Gewinner und die Allgemeinheit, die Steuerzahler der chronische Verlierer ist.

„Untergang des Sozialismus?“ Von wegen! Leben wir doch längst in einer grotesken kapitalistischen Parodie des Sozialismus - nach dem Motto: Die Gewinne werden privatisiert, die Milliarden -Schulden der Zocker-Banken aber sozialisiert. Auch wenn Frau Merkel, im Einklang mit der BILD-Zeitung, der Öffentlichkeit suggeriert, vor allem wir deutschen Steuerzahler würden mit unseren zweistelligen Milliarden-Beiträgen, die wir in die diversen Bankenrettungsfonds einzahlen, die Iren, Portugiesen, Griechen, Zyprioten und demnächst wohl auch die Spanier und Italiener alimentieren und vor dem Staatsbankrott bewahren, Fakt ist –wie kürzlich Harald Schumann in einer eindrucksvollen *arte*-Dokumentation nachgewiesen hat-, dass diese gigantischen Summen öffentlichen Geldes nicht etwa den Iren, Portugiesen, Griechen, Zyprioten zugute kommen, sondern allein dazu dienen, die Interessen der reichen Gläubiger zu befriedigen. Auf der Liste der Gläubiger der zu rettenden Banken stehen denn auch sämtliche Großbanken der EU. Mit anderen Worten: Dieses ganze ausgeklügelte System der „Bankenrettungsschirme“ dient vor allem dazu, öffentliches Geld in private Kanäle und Taschen umzulenken. „Privat“ kommt bekanntlich von lateinisch „privare“, d.h. berauben. „Marktkonforme Demokratie“ (Angela Merkel) bedeutet im Klartext: Beraubung und Ausplünderung der Gesellschaft durch die Finanzmärkte. Es ist ein veritables Vampir-System, das sich über die Gesellschaften gelegt hat. Vielleicht erfreuen sich Vampir-Romane und –Filme deswegen so großer Beliebtheit.

Ein Gutes immerhin hat der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems gehabt: Der neoliberale Konsens in Politik, Wirtschaft und Medien (der bis vor kurzem noch so geschlossen und flächendeckend wie eine totalitäre Ideologie war) hat Risse bekommen. Schien es bislang keine Alternative zur „Besten aller turbokapitalistischen Welten“ zu geben, so sind jetzt wieder allenthalben, auch im bürgerlichen Feuilleton, kapitalismus-kritische Töne zu vernehmen: so groß

ist das allgemeine Erschrecken über die völlig unkontrollierbare Krisendynamik des Finanzmarkt-getriebenen Kapitalismus und die destruktiven Auswirkungen der Spekulation im globalen Spielcasino.

Allerdings gilt es noch immer als anrühlich, ja, geradezu als anachronistisch, auch über Systemalternativen öffentlich nachdenken, gar eine Neuformulierung des sozialistischen Projektes zu wagen, das im Bloch'schen Sinne noch immer „unabgegolten“ ist. Nutzen wir also die Narrenfreiheit, die wir anachronistischen Links-Intellektuellen immerhin genießen! Sind wir es doch seit langem gewohnt, am Katzentisch des Maintream-Betriebes zu sitzen.

Wenn der sowjetisch-stalinistische Kommunismus und seine diversen Ableger wie das Pol Pot-Regime in Kambodscha und der Steinzeit-Kommunismus in Nordkorea, in historischer Parallele das „Mittelalter des Sozialismus“ waren, könnte es da nicht auch für den Sozialismus eine Art „Renaissance“ geben? Der „Vorschein“ einer solchen Renaissance (um noch mal einen Blochschen Begriff zu benutzen) ist hie und da schon wahrzunehmen- etwa mit Blick auf die jährlich stattfindenden Weltsozialforen, bei denen Hunderttausend engagierte Bürger aus allen Teilen der Welt zusammenkommen, mit Blick auf die Arbeit und die Kampagnen der vielen, vielen Bürgerinitiativen, Menschenrechtsorganisationen, NGOs und globalisierungskritischen Netzwerke, von Attac bis blockoccupy, auch mit Blick auf die neuen sozialen Bewegungen in Lateinamerika!

Eine Renaissance des sozialistischen Projekts, das immer ein welthistorisches Projekt war, setzt zweierlei voraus: Erstens muss die sozialistische Bewegung des 21. Jahrhunderts die Erfahrungen ihrer diversen Vor- und Irrläufer wirklich verarbeitet und im Hegelschen Sinne „aufgehoben“ haben. Zweitens muss sie wieder an die großen republikanischen Traditionen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit anknüpfen, welche der Bolschewismus zum Schaden für die gesamte kommunistische Weltbewegung seinerzeit gekappt hatte. Oder um die

berühmte Formel Rosa Luxemburgs zu zitieren: „Kein Sozialismus ohne Demokratie! Keine Demokratie ohne Sozialismus!“

Ein alter/ neuer Sozialismus-Begriff

Einen Begriff neu umschreiben kann auch heißen, seine alte, ursprüngliche oder verschüttete Bedeutung wieder hervorzuholen. Der Sozialismus ist tot, insofern er sich als ein wissenschaftliches System begriff, das die Gesellschaft als eine zentralstaatlich gesteuerte Industriemaschine auffasste und von den Individuen und Arbeitskollektiven die möglichst vollständige funktionelle Anpassung und Unterwerfung unter deren Systemimperative verlangte. Aber » Sozialismus wird als Bewegung und geschichtlicher Sinnhorizont weiterbestehen oder wiederaufleben«, schrieb André Gorz schon Anfang der 90er Jahre, »insofern er sich gemäß seiner ursprünglichen Bedeutung als Streben danach versteht, **die durch die bürgerliche Revolution begonnene Emanzipation der Individuen zu vollenden**, d. h. sie auch in Bereichen zu verwirklichen, in denen die Individuen im Kapitalismus Systemimperativen, Herrschaftsbeziehungen und Fremdbestimmungen unterworfen bleiben«.

Im Grunde liest sich die Geschichte der modernen Oppositionsbewegungen, auch der sozialistischen, als ununterbrochener Versuch, den Gesetzen des freien Marktes und dem expansiven Verwertungsdrang des Kapitals Grenzen zu setzen. Dies war von Anfang an das Zentralproblem der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur — und ist es noch, ja, erst recht heute. Die Arbeiterbewegung entstand im Kampf gegen die stürmische Entwicklung des Industriekapitalismus und seine zerstörerischen Auswirkungen auf ihre Lebensweise. Vom Verbot der Sklaverei, des Frauenhandels, des Verkaufs und der Arbeit von Kindern usw. bis zur Reglementierung von Dauer und Preis der Arbeit, der Wohndichte, von hygienischen Normen, Grenzwerten für Luft- und Wasserverschmutzung usw. usf. — immer ging es und geht es darum, die körperliche Integrität der Arbeitenden, die Reproduktion des Lebens, das Recht

auf individuelle und kollektive Selbstgestaltung der Lebenszusammenhänge gegen die kapitalistischen Verwertungsimperative zu verteidigen.

Wie mächtig diese Verwertungsimperative erst recht heute, nach gut dreißig Jahren neoliberaler Offensiven und der totalen Liberalisierung der Finanzmärkte sind, hat Susan George (die Mitbegründerin von Attac France) so beschrieben:

„Das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem wird von transnationalen Industrie- und Finanzunternehmen beherrscht, deren einfaches, wenn auch nicht schriftlich fixiertes Programm auf drei Forderungen beruht: Freiheit der Investitionen; Freiheit des Kapitalverkehrs; Freiheit des Handels mit sämtlichen Gütern und Dienstleistungen, einschließlich lebender Organismen und geistigen Eigentums. Ihr oberstes Ziel ist die Freiheit, zu produzieren, vertreiben und investieren zu können, was sie wollen, wo sie wollen und solange sie wollen, sowie Kapital, Personal und Güter nach eigenem Ermessen bewegen zu können. Zu den Untergruppen dieser grundsätzlichen Freiheiten gehört die massive Privatisierung staatlicher Betriebe und öffentlicher Versorgungseinrichtungen. Nichts soll a priori vom Markt ausgeschlossen sein, weder Gesundheit und Bildungswesen noch menschliche Organe, genetisches Material, Lebensmittel, Saatgut, Wasser, Luft oder Wälder und auch nicht Kunst, Musik oder Sport“.

Die herrschenden Doktrinen des Neoliberalismus haben nahezu die gesamte Gesellschaft in eine gigantische Verwertungs-GmbH verwandelt. Im Lauf der letzten zwei, drei Jahrzehnte sind nahezu alle öffentlichen Güter und Institutionen- ob Telekommunikation oder das Eisenbahn-Netz, ob Städtische Wasserwerke oder Elektrizitätswerke, ob Städtische Müllentsorger oder Opernhäuser, ob Krankenhäuser, Altenheime oder Gefängnisse- privatisiert oder teilprivatisiert worden oder von der Privatisierung bedroht, d.h. ehemals gemeinnützige Institutionen sollen nach marktwirtschaftlichen Kriterien arbeiten und gefälligst Profit abwerfen- ein Prozess, der durch die chronische Finanznot der öffentlichen Hände begünstigt wurde und wird.

Als besonders fatal in seinen Auswirkungen auf Forschung und Lehre, auf die Lehrenden wie auf die Studierenden, erweist sich der Umbau des Bildungswesens und der Universitäten nach marktwirtschaftlichen und managerialen Kriterien, wie Clemens Knobloch in seiner fulminanten Untersuchung „Wir sind doch nicht blöd. Die Unternehmerische Hochschule“ gezeigt hat. Im Hochschulrat, der auch den Rektor und die Grundlinien der Hochschulpolitik bestimmt, sitzen heute die externen Vertreter großer Industrie- und Finanzunternehmen. Auf diesem Feld hat, getragen von den Lockwörtern „Freiheit und Autonomie“ (will sagen: Befreiung von staatlicher Bürokratie), unter der Ägide des Hauses Bertelsmann, ein regelrechter Putsch stattgefunden. „Von den Studiengebühren über die unternehmerische Leitkultur bis zum obligatorischen New Public Management ist so ziemlich alles auf ihrem Mist gewachsen, was jetzt an den Universitäten blüht....Als dauerhaft konkurrenz-fixiertem Marktsubjekt wachsen der einzelnen Hochschule von der Imagepflege über die Pflichtakkreditierung bis zum Berufsbezug so viele kostspielige neue Aufgaben zu, dass die flächendeckende Ausbreitung prekärer Arbeits-verhältnisse im Kernbereich von Forschung und Lehre die einzige sichere Folge der Autonomie sein dürfte. Der ökonomische Druck, unter dem die einzelne Hochschule jetzt agieren muss, gilt als vitalisierend. Die marktfundamentalistischen Wortführer der unternehmerischen Hochschule schwärmen gar...von der konkursfähigen Universität....Jetzt tritt die Wissenschaft als Mittel des Gelderwerbs gleichberechtigt neben die Gebäudevermietung und die Patentpflege. Sie muss, im doppelten Sinne des Wortes , verkauft werden. Konzipiert war die Universität jedoch als staatlich garantierter Schutzraum gegen partikulare Interessen. Im Zeichen der Autonomie fallen alle Schranken, die Forschung und Lehre gegen das Diktat ökonomischer Verwertungsinteressen abgesetzt haben.“

Ökonomischer Totalitarismus

Im Grunde haben wir es heute mit einem neuen Totalitarismus, einem **ökonomischen Totalitarismus** zu tun, dessen Ziel die vollständige Vermarktung des Menschen, seiner Lebensbedingungen, seiner Umwelt, seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten, ja, selbst seiner biologischen Grundlagen, seiner Träume und Hoffnungen sind. Alles- von der Wiege bis zur Bahre- ist käuflich und verkäuflich, d.h. zur Ware geworden, nicht nur Arbeitskräfte, Produktionsinstrumente, Grund und Boden, Rohstoffe, Unternehmen und Aktien, auch sakrale und Kunstobjekte, Frequenzen und Lizenzen aller Art; selbst die Übertragungsrechte von Fußball- und Tennisspielen werden heute wie Aktien gehandelt. Man handelt und spekuliert- ob mit Agrarrohstoffen oder Waffen, ob mit Währungen oder Futures – rund um die Uhr und rund um den Globus. Mit der Globalisierung der Spekulation, die bis zur Neuzeit unter „guten Christen“ noch verpönt war, (deshalb wurde das Zins- und Wuchergeschäft den Juden überlassen), hat auch die Käuflichkeit und Korrumpierung der Politik dramatisch zugenommen.

Die monetären und marktförmigen Beziehungen, das Denken in Kategorien des Tausches, des Profits und Gewinns, haben buchstäblich jede Lebenssphäre, selbst die Partner- und Sexualbeziehungen, durchdrungen. Man „investiert“, ob Geld, Zeit oder Gefühle, „um zu gewinnen“- eine Vorstellung, die früheren Kulturen völlig fremd war. In diesem Sinne scheint der Verwertungs- und „Liebestrieb des Kapitals“ (Marx) zur „zweiten Natur“ des Menschen geworden zu sein. Ja, wir sind heute so weit, dass wir nicht nur Güter und Dienstleistungen verkaufen, die wir herstellen, sondern bereits verkaufen und vermarkten, was wir selber sind: die eigene Person, die immer mehr zur bloßen Käufer- und Verkäufermaske wird, zum Instrument der Reklame und der Selbstinszenierung auf dem universell gewordenen Markt. Selbst die biologischen Lebensfunktionen werden von der Person abgetrennt und wie Waren gehandelt. Die Vermarktung der Schwangerschaft (Leihmütter) und der Zeugung, der Verkauf von Embryos, von Kindern und von Organen hat längst begonnen. Der

mephistophelische Verwertungstrieb des Kapitals macht nicht einmal halt vor dem, was »die Welt im Innersten zusammenhält« : Die Biotechnologie-Konzerne schicken sich an, den in dreieinhalb Milliarden Jahren Evolution entstandenen genetischen Code, den „Bauplan der Schöpfung“ zu privatisieren. Jesus hat die Händler und Wucherer seinerzeit mit der Peitsche aus dem Tempel getrieben. Würde er heute leben, er würde die Aufsichtsräte und Vorstände der Firma Monsanto aus ihren Ledersesseln peitschen- und würde dafür ganz sicher als Terrorist gebrandmarkt und nach Guantanamo verschleppt werden.

Die neoliberale Variante der „Schönen Neuen Welt“

Man mache sich keine Illusionen: Die neoliberalen Ideologen und *global player* (und deren Thinktanks) verfolgen ein anthropologisches Projekt, das auf seine Weise nicht weniger radikal und umstürzlerisch ist als das ehemals kommunistische Projekt, auch wenn es nicht aus einem internationalen Komplott, vielmehr aus der expansiven Systemlogik der Kapitalverwertung resultiert: Denn es zielt auf nichts anderes als auf die *totale Unterwerfung der Gesellschaft, Politik und Kultur unter das Diktat der Ökonomie, d.h. letztlich auf die Durchsetzung des homo oeconomicus* in seiner Doppelfunktion als jederzeit disponible und flexibilisierte Arbeitskraft und als beliebig manipulierbarer Waren- und Medien-Konsument. Längst nimmt sie Gestalt an- diese neoliberale Variante von Huxleys *Brave New World*, die sich durchaus mit demokratischen Institutionen und bürgerlichen Freiheiten verträgt und die doch *totalitär in dem Sinne geworden ist, dass alles dem „Terror der Ökonomie“ unterworfen wurde* und der mediale Schein und Design, die „Diktatur der Oberflächen“ immer mehr das Bewusstsein bestimmt, sodass wir zuletzt für unsere „persönliche Meinung“ und „freie (Kauf- und Wahl-) Entscheidung“ halten, was uns die medialen Hypnopäden, die omnipräsenten Werbe- und Multimedia-Agenturen Tag für Tag einsuggerieren. Eine nur noch über den Markt formierte Ex-und Hopp-Gesellschaft ohne kulturelles Gedächtnis und Überlieferung, deren Götzen

Fitness, Gesundheit und Jugend heißen, die sich vor den Bildschirmen zu Tode amüsiert bzw. langweilt und kaum noch etwas wirklich Qualität- und Substanzvolles, Eigen- und Widerständiges neben sich dulden wird- und dies auf dem gefeierten Höhepunkt der Hightech- Zivilisation!

Sinn und Ziel der neuen sozialen und sozialistischen Bewegung(en) muss es daher sein, der universellen Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen, von Mensch und Natur entschiedene Grenzen zu setzen. Das heißt, **die Gesellschaft aus der babylonischen Gefangenschaft der totalen Kapitalverwertung peu-a-peu wieder herauszuführen.** Das allerdings ist eine säkulare Aufgabe.

Vom Sinn der Ökonomie

Im Grunde geht es darum, die für die kapitalistische Produktionsweise charakteristische Zweck- Mittel-Bestimmung wieder umzukehren: Nicht der Mensch darf Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung sein, sondern umgekehrt muß die Ökonomie wieder zum Mittel für die menschliche Selbstentfaltung, für die individuelle und kollektive Emanzipation sein. Sozialismus, so verstanden, hat mit »Staatssozialismus« nicht das Geringste zu tun; denn es geht nicht um die Subsumption der Ökonomie unter das Kommando des Staates, noch um die Beschneidung und Lähmung der Privatinitiative, noch um die Abschaffung des Wettbewerbs, dem der Kapitalismus seine enorme Innovationsfähigkeit verdankt. Es geht vielmehr darum, das Wirtschaftshandeln wieder gesamtgesellschaftlichen, sozialen, ökologischen und ethischen Zwecken dienstbar zu machen. Kurz: **Die Ökonomie muss wieder dem Menschen dienen- statt umgekehrt.** Nur so kann ihr, kann auch den fortlaufenden Produktivitätssteigerungen und Arbeitseinsparungen ein qualitativ neuer Sinn verliehen werden. Denn das »Je mehr, desto besser«, das »je schneller, desto besser« und das »je effizienter, desto besser!« kann keinen Sinn begründen, der eine Gesellschaft konstituiert. (Nicht zufällig führen derzeit Ratgeber-Bücher zu Sinnfragen die Bestsellerlisten an).

Wenn die Ökonomie wieder dem Menschen dienen soll, gehört aber auch die **Eigentumsfrage wieder auf die politische Agenda**. Den Betreibern der neoliberalen Privatisierungsfeldzüge, ob beim Wasser oder beim Strom, ob bei den öffentlichen Bildungseinrichtungen oder beim sozialen Wohnungsbau, sollten wir das Grundgesetz unter die Nase reiben. In Artikel 14 (3) heißt es: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Und im Artikel 15 heißt es: „»Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zweck der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum und in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.« Dieser Artikel des GGs ist im Grunde ein Programm gegen den Neoliberalismus. Das Privateigentum hat in Deutschland nach geltendem Recht nur dann seine Berechtigung, wenn es dem „Wohl der Allgemeinheit“ dient. Ich träume schon lange von einem Runden Tisch, an dem nicht nur die Vertreter der Parteien, sondern auch der wichtigsten gesellschaftlichen Verbände und der Zivilgesellschaft sitzen, die nach diesem Kriterium die verschiedenen Wirtschaftsbereiche einmal durchchecken. Und alles wird im Fernsehen zur besten Sendezeit, anstelle von „Wer wird Millionär?“ übertragen! Im Geiste sehe ich schon Herrn Ackermann oder seinen Nachfolger vor dem Runden Tisch stehen und mit gewundenen Worten den vergeblichen Nachweis führen, dass die illegalen Geschäftsverbindungen von Deutschlands größter Privatbank mit den Steueroasen in aller Welt durchaus dem „Wohle der Allgemeinheit“ dienen. Und der ganze Runde Tisch lacht – lacht ihn aus! So sollte sie aussehen- die soziale Demokratie des 21. Jahrhunderts!

Wer ist der eigentliche Souverän?

Im Grunde geht es für die Zivilgesellschaft um nichts Geringeres als um die Rückgewinnung ihrer „Souveränität“ - entsprechend dem eigentlichen Bedeutungsgehalt des Begriffs „Demokratie“= „Herrschaft des Volkes“. Der

finanzmarktgetriebene Kapitalismus hat die Welt nicht nur in ein globales Spielcasino verwandelt, er zerstört auch die Grundlagen der Demokratie. Sind doch die eigentlichen, die wirklichen Souveräne die transnationalen, global operierenden Konzerne, Banken, Versicherungs- und Fondsgesellschaften, die über Budgets in der Größenordnung ganzer Staatshaushalte verfügen und eine noch nie da gewesene Erpressungsmacht besitzen, von der sie auch rücksichtslos Gebrauch machen, um sich Gewerkschaften, Parlamente und Regierungen gefügig zu machen. Sie sind es gewohnt, ihre autokratischen Entscheidungen am gewählten Souverän vorbei durchzusetzen und in den rechtlichen Grauzonen der Weltmärkte zu schalten und zu walten, wie es ihnen beliebt. Infolgedessen sind die Handlungsspielräume der Politik immer mehr geschrumpft. Vielfach beschränkt sich politisches Handeln heute darin, die Vorgaben und Imperative der mächtigen Wirtschaftsverbände und ihrer Lobbys umzusetzen. (In Berlin sind rund um das Regierungsviertel 5000 Lobbyisten angesiedelt, in Brüssel sind es 20 000) Umso mehr müssen Politiker und Politikerinnen vor den Kameras chargieren und jene Eigenschaften simulieren, die das Wahlvolk von ihnen erwartet: Handlungsfähigkeit und Souveränität.

Nach dem größten Crash in der Geschichte der Weltfinanz steht die **Regulierung und demokratische Kontrolle der Finanzmärkte** ganz oben auf der Agenda. Meiner Meinung nach gehört der ganze Finanzsektor in die öffentliche Hand. Damit hätte der Staat die Möglichkeit, das Geschäftsmodell der Investment - und Zockerbanken im Sinne ihrer Allgemeinnützigkeit wieder zu verändern. Das Mindeste aber wäre die verstärkte Kontrolle des Bankensektors und der Börsen, Schließung der Off-Shore-Zentren, gezielte Besteuerung der Spekulation, das längst überfällige Verbot von Hedge-Fonds, Private-Equity-Gesellschaften, von „Verbriefungen“, außerbilanzlichen Zweckgesellschaften und „Derivaten“, die ein prominenter Banker zurecht als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet hat – dieses ganze Teufelszeug neuartiger Spekulationsinstrumente, die wir übrigens zum gut teil

der rot-grünen Regierung und dem smarten Herrn Schröder zu verdanken haben, gehört auf den Index.

Dank Offshore-Leaks, der weltweit größten Datensammlung über Steuerhinterzieher- es sind 130 000 an der Zahl- haben soeben die Finanzminister der sechs größten EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien) in einer gemeinsamen Presserklärung angekündigt: die Schließung der Steueroasen, den automatischen Informationsaustausch für alle Kapitaleinkommen und das Ende des Missbrauchs des Bankgeheimnisses zur Steuerhinterziehung. Wenn diesen Versprechungen der Regierungen wirklich Taten folgen sollten, wäre dies ein großer Schritt nach vorne. Schließlich entgehen den EU-Mitgliedstaaten durch Steuerhinterziehung jährlich bis zu 1 Billion Euro Steuereinnahmen verloren. Man hat ausgerechnet, bei Einsatz des versteckten Geldes könnte zum Beispiel der Welthunger halbiert werden. Ein weiterer Hoffnungsschimmer am Horizont: Neun Staaten der EU wollen im Jahr 2014 die Finanztransaktionssteuer einführen, durch die die kurzfristige Spekulation unrentabel werden würde.

Soziale Demokratie und Verteilungsgerechtigkeit

Soziale Demokratie heißt aber auch **Wirtschaftsdemokratie**. Und diese muss sich auf alle Aspekte des Wirtschaftslebens beziehen, sie darf vor den Fabrikatoren nicht Halt machen. Sollen die Unternehmensziele verändert werden, dann ist letztlich die Einflussnahme auf die Verfügungsverhältnisse entscheidend. Dazu bedarf es grundlegender institutioneller Veränderungen wie der Ausdehnung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, der Produktmitbestimmung und des Belegschaftseigentums. Überhaupt werden und sollten in einer sozialen Demokratie pluralistische Eigentumsformen nebeneinander bestehen können. Schließlich hat auch das genossenschaftliche Eigentum in Deutschland und Europa eine lange Tradition. Außerdem bedarf es der Einflußnahme von Umweltverbänden auf die Unternehmenspolitik,

staatlicher Investitionskontrollen, der Einrichtung von regionalen und sektoralen Wirtschafts- und Sozialräten u.a. mehr.

Soziale Demokratie heißt aber auch: **Verteilungsgerechtigkeit.**

Was die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen betrifft, nähern wir uns längst wieder Zuständen, die denen des Ancien Regime ähneln. Der Neoliberalismus hat zu einer **Re-Feudalisierung der sozialen Verhältnisse** geführt, an deren Spitze die neue Geld-Aristokratie steht. Josef Ackermann, Vorstandschef der Deutschen Bank, erhielt im Schnitt ein Jahresgehalt von 11 Millionen Euro. Eine kaufmännische Angestellte in Sachsen verdient 2,74 Euro Tariflohn pro Stunde. D.h. sie müsste 1850 Jahre arbeiten, müsste also, von heute aus gesehen, im Jahr 141 nach Christus angefangen haben zu arbeiten, um soviel zu bekommen wie Herr Ackermann in einem Jahr. Solche extremen, ja, perversen Einkommensunterschiede erklären sich nur, wenn man die neo-feudale Gesellschaft als gegeben annimmt.

In Deutschland ist im letzten Jahrzehnt die Staatsquote infolge großzügiger Steuergeschenke an Banken, Unternehmen und Spitzenverdiener bei gleichzeitiger Kürzung der Ausgaben um knapp 5 Prozentpunkte gesunken. Das entspricht über 100 Milliarden Euro pro Jahr, die in die Taschen der Reichen geflossen sind. Diese Einnahmeausfälle für die öffentliche Hand mussten dann durch steigende Verschuldung ausgeglichen werden. Kein Zufall also, dass **mit den öffentlichen Schulden auch die privaten Vermögen explodiert sind**, während gleichzeitig die Bevölkerungen mit Sparprogrammen drangsaliert werden. Derzeit gibt es in Deutschland etwa 830 000 Geldmillionäre, diese schmale Schicht verfügt über ein Finanzvermögen von 2,2 Billionen Euro- mehr als Bund, Länder und Gemeinden zusammen an Schulden haben. Ähnliches gilt für die europäische Ebene. Auch kann von Beteiligung der Arbeitnehmer an den immensen Produktivitätzuwächsen schon lange nicht mehr die Rede sein, vielmehr fand und findet eine permanente Enteignung der Arbeitnehmer via Reallohnkürzung und Umverteilung von unten nach oben statt. Vor allem

diesem jahrzehntelangen Umverteilungsprozess entstammen die ungeheuren Überschüsse von anlagehungrigem Geldkapital, das dann als Spekulationskapital in den Finanzsektor floss.

Man kann sich eigentlich nur darüber wundern, dass es noch nicht zum Sturm auf die „Bastillen“ des neuen Geldadels gekommen ist. Und dass die schönen Laternen im Frankfurter Bankenviertel noch immer unbemannt sind. Freilich wusste schon Heinrich Heine: „An Deutschlands Eichen hängt man keine Reichen!“ Erst recht nicht an Deutschlands Edel-Laternen!

Es wird höchste Zeit, dass die milliardenschweren Privatvermögen wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden, wie Attac, Ver.di und Die Linke, gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bündnis „Umfairteilen“ fordert, das am 13.04. in über 100 Städten der Bundesrepublik seine Forderungen auf die Straße trug.

Das Prinzip der **Verteilungsgerechtigkeit** darf sich aber nicht nur auf Einkommen und Vermögen, es muss sich auch **auf die Arbeit beziehen**.

Auch wenn die Bundesregierung immer wieder versucht, die Statistik in ihrem jährlichen Armuts- und Reichtumsbericht schön zureden, Faktum ist die seit Jahren verlässliche Zahl von etwa 6 Millionen Hartz-IV- Empfängern, das sind Menschen, die, selbst, wenn sie täglich arbeiten, nicht von ihrem Lohn leben können. Faktum ist ferner, dass im reichsten Land Europas mehr als vier Millionen Menschen für weniger als sieben Euro die Stunde arbeiten müssen und dass sich der Niedriglohnsektor und die schlecht bezahlte Leih- und Zeitarbeit hierzulande so ausgedehnt hat wie in keinem anderen Land der EU. Nicht zuletzt diesem Faktum brutum verdankt Deutschland seinen Status als Exportweltmeister, der freilich zu Lasten der wirtschaftlich schwächeren EU-Teilnehmer geht. Statt von Leih- oder Zeitarbeitern wäre es übrigens ehrlicher, von Tagelöhnern zu sprechen, wie sie im 18. und 19. Jahrhundert die Städte und Straßen bevölkerten.

Während der Staat viele Milliarden Euros an verantwortungslose Zocker- Banken verteilt, rechnet und feilscht er gleichzeitig mit den Hartz IV-Empfänger und Rentnern um jeden Cent. 16 Prozent der Kinder leben in Deutschland unter der Armutsgrenze, Tendenz steigend. - Nach dem letzten Armutsbericht der Paritätischen Wohlfahrtsverbände von 2011 ist die Armut in Deutschland dramatisch gestiegen. 12 Millionen, d.s. 14,5 Prozent der Bevölkerung sind armutsgefährdet. In Westdeutschland lag die Armutsquote bei 13,3, in Ostdeutschland bei 19 Prozent. Das heißt, Armut wird wieder normal. Die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich aber bedroht den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft und zerstört die Grundlagen der Demokratie. Wie schon Rousseau sagte: „Willst du dem Staate Dauerhaftigkeit verleihen, dann vermeide Überreiche und Bettler. Diese beiden Extreme sind dem Gemeinwesen gleichermaßen verderblich.“

Überhaupt gelten dem neoliberalen Zeitgeist Ungleichheitsverhältnisse auf allen Gebieten als quasi natürliche Konsequenz einer auf Wettbewerb und Standortkonkurrenz basierenden Hochleistungs- und Wissensgesellschaft. Die sozialen und psychischen Kosten der Ungleichheit dagegen werden aus dem öffentlichen Diskurs hartnäckig ausgeblendet.

An dieser Stelle möchte ich eine renommierte empirische Studie der modernen Glücksforschung erwähnen, deren Titel wir uns für unsere Veranstaltungsreihe ausgeliehen haben: **Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.** Diese Studie stellt, anhand des Vergleichs von 23 Ländern, den Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an Einkommensungleichheit und insgesamt neun sozialen Problemen dar, die als „Kosten der Ungleichheit“ benannt werden. Fazit: In Ländern mit geringerer Einkommensungleichheit fallen die entsprechenden sozialen Probleme deutlich geringer aus. In Ländern mit hoher Einkommensungleichheit dagegen haben die Menschen

weniger Vertrauen, ein höheres Niveau seelischer Krankheiten und konsumieren mehr Drogen, ein geringeres Gesundheitsniveau und geringere Lebenserwartung, die Bevölkerung ist fettleibiger, die schulischen Leistungen sind schlechter, es gibt mehr Teenagerschwangerschaften, mehr Gewalt und Verbrechen, die Gefängnisse sind überfüllt, und die Kinder aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen haben schlechtere Aufstiegschancen...

Aber auch die Reichen und Superreichen sind von den „Kosten der Ungleichheit“ betroffen: sie schotten sich ab, fühlen sich von der wachsenden Armut, Kriminalität und dem Sozialneid bedroht, ziehen sich in ihre hoch gesicherten Wohn-Burgen und Luxus-Viertel zurück und neigen eher zu Depressionen.

Rückkehr zur „sozialen Marktwirtschaft“?

Gleichwohl setzt noch immer eine Mehrheit der Bürger, Politiker und Meinungsmacher hierzulande, sei es aus Ignoranz, Nostalgie oder Populismus, auf die rheinische Spielart des Kapitalismus, auf die „Rückkehr zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Erst das wird die Welt aus der Krise herausführen“, verkündete die FAZ vollmundig, im Verein mit der Kanzlerin. Als ob die unabdingbare Prämissen und Voraussetzungen der „sozialen Marktwirtschaft“ nicht längst der Vergangenheit angehörten: das fordistische Akkumulationsmodell mit seinen hohen Wachstumsraten, hohen Lohnabschlüssen und Vollbeschäftigung, den noch weitgehend regulierten Märkten, sowie der Konkurrenz eines sozialistischen Weltsystems, das, trotz Mangelwirtschaft, seinen Bürgern einen gewissen Sozialkomfort bescherte. Wir können uns darauf verlassen: Dieses „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ (Hobsbawn) kommt nicht mehr zurück, so wenig wie mit einer leibhaftigen Auferstehung des Wirtschaftsheiligen Ludwig Erhard zu rechnen ist. Es scheint einfach nicht in die Köpfe zu wollen: Dass der durchrationalisierte High-Tech-Kapitalismus von heute strukturell nicht mehr in der Lage ist, Arbeit für alle zu schaffen. Infolge der mikroelektronischen Revolution, der

Computerisierung von Industrie, Verwaltung und Dienstleistungen werden immer weniger menschliche Arbeitskräfte gebraucht, um den gesellschaftlichen Warenkorb und die benötigten Dienstleistungen zu produzieren. Ein Blick in die vollautomatisierten Werkshallen von heute, wo nur noch ein paar Elektroniker und Ingenieure vor den Monitoren und Schalttafeln sitzen, sollte eigentlich genügen, um diesen Sachverhalt zu begreifen.

Der Zerfall der Arbeitsgesellschaft

Der Kapitalismus –man weiß es doch eigentlich längst- ist zum Opfer seiner immensen Produktivität geworden. Gefangen in seiner eigenen Logik, ist er jedoch nicht in der Lage, den Überfluss umzuverteilen, darum muss dieser periodisch vernichtet oder an der Börse verzockt werden. Er ist schon gar nicht in der Lage, die immer knapper werdende Erwerbsarbeit fair zu verteilen. Die Folge ist eine chronische „Krise der Arbeitsgesellschaft“, die vor unseren Augen zerfällt und die Gesellschaft immer tiefer spaltet.

Inzwischen haben wir uns so sehr daran gewöhnt, dass uns die Anomalie und Perversion dieser Spaltung kaum mehr zu Bewusstsein kommt: Die noch Arbeit haben, müssen wie die Verrückten malochen und Überstunden schieben, sie arbeiten nicht selten 50 und 60 Stunden die Woche - der Druck gerade auf die hochqualifizierten Arbeitskräfte hat ja in den letzten Jahren enorm zugenommen-, und können den Arbeitsstress oft nur noch aushalten, indem sie, zur Freude der Pharmaindustrie, leistungssteigernde Tabletten und Drogen schlucken. Das sind, nach, jüngsten Untersuchungen, 4 Millionen Menschen in Deutschland. Das massenhafte Doping hat nicht nur den Radsport und die „Tour de France“ versaut, auch die permanente wirtschaftliche Leistungsolympiade, der Deutschland seinen Status als Exportweltmeister verdankt, ist zu einer riesigen Doping-Mühle geworden. Nicht zufällig ist Deutschland das Land mit der höchsten Rate von Burn-Out-Kranken in der EU. Die Millionen anderen aber, die arbeitslos sind oder nur noch Minijobs

nachgehen dürfen, wissen kaum, wie sie ihre Zeit totschiagen sollen. Und bekommen natürlich, da sie sich nutzlos vorkommen, mit der Zeit schwere Identitäts- und Selbstwertprobleme, die sie oft nur durch Antidepressiva, Alkohol und andere Suchtmittel kompensieren können. Und welche zerstörerische Auswirkungen sowohl die erzwungene Arbeitslosigkeit als auch der Arbeitsstress, die verlängerten Arbeitszeiten und der rasante Anstieg von Nacht- Schicht – und Wochendarbeit (weil die Maschinen immer laufen müssen und die Kaufhäuser und Supermärkte rund um die Uhr verkaufen wollen) für die Familien und das Familienleben haben, ist ja hinlänglich bekannt. Kein Wunder, dass die Deutschen sich kaum noch Kinder leisten können oder wollen- und dass die, die noch zur Welt kommen dürfen, immer verhaltensauffälliger werden. Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden am ADHS-Syndrom (Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom), teils, weil die gestressten Eltern kaum mehr Zeit für sie haben, teils, weil sie in der modernen Multimedia-Welt von Eindrücken schier überflutet werden. Das aber heißt: Dieses auf permanente technische Innovation und Beschleunigung ausgelegte Wirtschaftssystem gefährdet die seelische Gesundheit und Persönlichkeitsentwicklung von immer mehr Menschen. **Dieses System macht krank!**

Nie zuvor haben wir so effizient gearbeitet und mit immer raffinierteren Technologien „Zeit gespart“. Gleichzeitig fühlen wir uns zunehmend unter Zeitdruck. Die Technik, die uns ein gutes und bequemes Leben verschaffen sollte, ist dabei uns zu versklaven, wie der Filmmacher und Buchautor Florian Opitz anhand von Interviews mit Unternehmensberatern, Zeitmanagern, Burnout-Therapeuten etc. dargelegt hat, während er im analytischen Teil seines Buches SPEED den Ursachen von Zeitnot und ständiger Beschleunigung nachgeht.

Längst möglich: eine Zivilisation der befreiten Zeit

Doch zurück zum eigentlichen Skandal dieses Wirtschaftssystems: der chronischen, auch in Phasen der Hochkonjunktur anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit und der zunehmenden Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Man könnte ja auch die **verbleibende Erwerbsarbeit auf alle verteilen und demgemäß die individuelle Arbeitszeit allgemein verringern**- eine Folgerung, die Karl Marx bereits im Zeitalter der Dampfmaschine gezogen hat. Aus der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung hat er die Perspektive einer Gesellschaft abgeleitet, in der „nicht mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time (die Freizeit) das Maß des Reichtums wird...die freie Entwicklung der Individualitäten ist jetzt das Ziel... und überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum...Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen.“ Das war Marxens Vision vom Sozialismus, der nicht mehr den Mangel, sondern den Überfluß zur Voraussetzung hat, den **Überfluss an materiellen Gütern und Zeit, an freier Zeit, das meint Zeitwohlstand, der erst die Entfaltung des menschlichen Reichtums und die „freie Entwicklung der Individualität“ ermöglicht.**

Radikale Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Umverteilung der verbliebenen Arbeit- das wäre die wahrhaft demokratische Lösung des Problems. Seit 1975, als in der westdeutschen Metall- Elektro- und Druckindustrie die 35-Stunden-Woche erkämpft und durchgesetzt wurde, ist die Produktivität der Wirtschaft um fast ein Viertel gestiegen. Doch statt die Wochen-Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen- längst müsste die 30-Stunden-Woche auf der historischen Agenda stehen- , ist sie in den letzten 30 Jahren wieder angestiegen: die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland beträgt heute 41,1 Stunden pro Woche. Rein rechnerisch ergäbe allein der Abbau von 3 Milliarden Überstunden in Deutschland pro Jahr ca. 1,7 Millionen neue Arbeitsplätze. Aber die demokratische Lösung des Problems via Verkürzung und fairer Umverteilung der Erwerbsarbeit wird von den Herren über die Arbeitsplätze nicht gewollt,

zumal sie genau wissen, dass die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust das beste Zuchtmittel ist, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefügig zu machen und erpressen zu können: Weitere Lohnverzicht, noch längeren Arbeitszeiten und noch mehr Einschnitte ins soziale Netz hinzunehmen! Das Recht auf Arbeit für alle kann aber nur dann gesichert, Vollbeschäftigung nur dann wiederhergestellt werden, wenn mit der Verkürzung und Umverteilung der Arbeit innerhalb der Ökonomie zugleich **außerhalb der kapitalistischen Ökonomie neue Arbeitsmöglichkeiten, nicht ökonomisch zweckbestimmte Aufgaben** entwickelt werden. Gibt es doch einen riesigen Bedarf an gesellschaftlich nützlichen und notwendigen Arbeiten- etwa im sozialen und pflegerischen, ökologischen und kulturellen Bereich, im Bereich von Bildung und Fortbildung- , die nur deshalb brach liegen, weil sie keinen Profit bringen und darum auch nicht finanziert werden. Es geht also mehr denn je darum, „**Alternativen zur Lohnarbeit**“ zu entwickeln –zum Beispiel, in dem man sich mit anderen zu Werkstätten, Kooperativen oder Genossenschaften zusammenschließt, in denen Dinge hergestellt oder Dienstleistungen erbracht werden, die die Gesellschaft dringend braucht und die deshalb auch aus öffentlichen Mitteln finanziert oder subventioniert werden.

Auch die in den letzten Jahren viel diskutierte Idee eines Grundeinkommens – eines armutsfesten und bedarfsabhängigen Grundeinkommens als Ersatz für das zynische Hartz IV-System- könnte ein Mittel, ein gangbarer Weg sein, um der Einbahnstraße der Lohnerwerbsarbeit zu entkommen und einen (immer größer werdenden) gesellschaftlichen Sektor zu schaffen, in dem die Arbeit nicht dem Profitprinzip unterworfen ist. Dieses Grundeinkommen für selbstgewählte, gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten könnte entweder durch Steuern oder durch den Wegfall der staatlichen Arbeitslosenversicherung finanziert werden, die dann ja nicht mehr gebraucht würde.

Das Konzept einer Gesellschaft der befreiten Zeit, in der alle Arbeit finden, aber immer weniger ökonomisch zweckbestimmt arbeiten müssen, ist – nach

André Gorz- der mögliche Sinn der unentwegten Produktivitätsschübe und der gegenwärtigen technologischen Entwicklung. Diese aber müsste, meines Erachtens, mit einem kulturevolutionären Prozess Hand in Hand gehen, damit die vermehrte Freizeit wirklich für die Entfaltung der eigenen Individualität genutzt werden kann, statt- wie es bisher die Regel ist- von den Imperativen der Konsumgesellschaft und den Zerstreungsangeboten der multimedialen Verblödungsmaschinen kolonisiert zu werden. Dann hätten wir alle mehr Zeit um unsere Talente und Fähigkeiten zu entwickeln, mehr Zeit für unsere Familien, Kinder und Freunde, mehr Zeit für die Liebe und unsere Lieblingsbeschäftigungen, mehr Zeit für gemeinnützige oder ehrenamtliche Tätigkeiten. Der Traum der Menschen, für ein gutes Leben weniger arbeiten zu müssen- von den materiellen Bedingungen her könnte er längst Wirklichkeit werden!

Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsfindungen, erweiterte Selbsttätigkeitsmöglichkeiten und erweiterte Zeitsouveränität sind auch die einzigen Wege, die in Freiheit zu einem genügsameren, ökologisch tragbaren, auf Selbstbegrenzung gegründeten Wirtschafts- und Konsummodell führen können, das zukunftstauglich ist.

Wenn wir jedoch an die Stelle der alten Lohnarbeits-Gesellschaft nichts anderes setzen,-schreibt Andre Gorz, „nehmen wir deren Zerfall einfach hin -und mit ihm alles, was er an Elend, Hoffnungslosigkeit, Unvernunft und Gewalttätigkeit hervorbringt.“ Dann aber wird sich die jetzt schon bedrohliche Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und Einkommen haben, und in diejenigen, denen dieser Zugang versperrt ist, irreversibel verfestigen.

Fazit II

Ich fasse zusammen: Wann immer die Frage gestellt wird nach einer fairen und gerechten Verteilung von Arbeit, Einkommen und Wohlstand, nach gleichem

Zugang für alle zu Bildung, Ausbildung und Kultur, nach demokratischer Partizipation am gesellschaftlichen Leben, nach demokratischer Organisation von Rohstoffnutzung und Produktivkraftentwicklung steht der Sozialismus wieder zur Debatte: nicht als staatsmonopolistisches System, nicht als zentralistisch-bürokratische Planwirtschaft, sondern als eine neue, Markt und Wettbewerb einschließende, Eigeninitiative und Innovation fördernde Ordnung der sozialökonomischen Beziehungen, die Rücksicht auf Natur und Schöpfung nimmt und den Grundprinzipien einer sozialen Demokratie verpflichtet ist. Wenn auch der alte Arbeiter-Sozialismus von der Logik kapitalistischer Modernisierung überholt worden und die Industriearbeiterschaft per Rationalisierung fortschreitend geschrumpft ist, die sozialistische Idee ist damit noch lange nicht gestorben. Das »historische Subjekt« der künftigen Transformationsprozesse wird denn auch nicht mehr das »Proletariat« im engeren Sinne, sondern »die (im Entstehen begriffene) Weltgesellschaft« sein, soweit sie ihr gemeinsames Lebens- und Überlebensinteresse zu erkennen und danach zu handeln vermag: Die globalen Hexenmeister zu bändigen, d. h. die völlig entfesselten transnationalen Kapitale ihrer Kontrolle und ihrem Gestaltungswillen zu unterwerfen, damit die ungeheuren Ressourcen, über die jene verfügen, statt für die Spekulation im globalen Casino, endlich für eine *nachhaltige Entwicklung* zur Verfügung stehen;- für eine nachhaltige Entwicklung auch und gerade der Länder der südlichen Hemisphäre, die bislang an einer solchen durch das mörderische Regime der Verschuldung und des Hungers gehindert werden. Zugleich handelt es sich darum, die in den kapitalistischen Zentren erzielten ungeheuren Produktivitätsfortschritte in weitere Arbeitszeitverkürzungen bei gleichzeitiger Umverteilung der Arbeit, in mehr Lebensqualität, Freizeit und damit in die Entfaltung des menschlichen Reichtums, die »freie Entwicklung der Individualität« (Marx) umzusetzen. Dies aber wäre bereits eine neue Produktionsweise und Kultur — jenseits des Kapitalismus.

Selbstredend gibt es für eine solche Entwicklung keinerlei geschichtliche Garantie. Noch nie in der Geschichte der Menschheit wohnten Katastrophe und „konkrete Utopie“ so dicht beieinander wie heute. In dem Moment, in dem sich die Erderwärmung irreversibel durchgesetzt hat und der Meeresspiegel entsprechend gestiegen ist, ist das Spiel vorbei. Da die Menschheit sich an der Schwelle zu einem solchen extremen Moment hinbewegt, ist es ratsam, dass wir uns vor allen anderen Krisen auf die Lösung der Klimakrise konzentrieren. Diese hat in der Tat höchste Priorität.
